

Wahlprogramm
der Gießener LINKEN
zur Kommunalwahl am
14. März 2021

**100 %
Sozial**

**Auch nach
der Wahl**

Gießener **LINKE**

Inhalt

1. Stadt und Landkreis sozial gestalten	4
2. Finanzen der Stadt Gießen	5
3. Sozialer Wohnungsbau	7
4. Klima, Energie und Verkehr sozial gerecht	9
Klima	9
Energie und Abfallwirtschaft	10
Verkehr	12
5. Bildung ist ein Menschenrecht	15
6. Kinder, Kita und Familie	17
7. Kunst, Kultur, Sport und Jugend	18
8. Uniklinik in Bürgerhand	20
9. Für ein Altern in Würde	21
10. Menschen mit Behinderung	22
11. Wohnungslose haben eine Würde	23
12. Demokratie und Datenschutz	24
13. Faschismus und Rassismus bekämpfen	26
14. Flucht und Migration	27
15. Feminismus und Geschlechtergerechtigkeit	28

100 % sozial – auch nach der Wahl

Die Gießener LINKE ist ein sozialistisches Wahlbündnis und steht für eine bessere Zukunft in und um Gießen. Wir sind Sozialist:innen, demokratische Linke mit unterschiedlichen politischen Biografien, Frauen und Männer, Alte und Junge, Alteingesessene und Eingewanderte, Menschen mit und ohne Behinderungen und wir haben uns erneut zu einem Wahlbündnis zusammengeschlossen.

Dieser Zusammenschluss vereint alle fortschrittlichen Kräfte, um eine konsequente Kommunalpolitik umzusetzen, die eine soziale Zukunft für alle Bewohner:innen der Stadt und des Kreises Gießen gestalten will.

Wir sind und wir werden nicht wie jene Parteien, die sich den Wünschen der Wirtschaftsmächtigen unterwerfen und gerade deshalb kaum noch voneinander unterscheidbar sind. Wir sagen, dass es immer Alternativen gibt.

Wir verfolgen konkrete Ziele:

- Wir kämpfen für einen Landkreis und eine Stadt, in denen kein Kind in Armut aufwachsen muss, in der alle Menschen selbstbestimmt in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch mitgestalten können.
- Wir finden uns nicht ab mit einem Zustand, in dem Gewinnmaximierung über den Lebensperspektiven von Menschen steht. Wo vor allem der Profit regiert, bleibt wenig Raum für Demokratie. Wir wollen dazu beitragen, dass aus passivem Unmut aktive Gegenwehr wird.
- Wir setzen Lohndumping, Sozialraub und dem Ausverkauf öffentlichen Eigentums Widerstand entgegen.
- Wir wollen die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse verändern und ringen um eine andere, bürgernahe Politik.
- Demokratie, Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Diversität und Solidarität gehören zu unseren grundlegenden Werten.

1. Stadt und Landkreis sozial gestalten

Gerade in der Corona-Krise hat sich gezeigt, wie fatal der Sozialabbau der letzten Jahrzehnte war. Insbesondere Menschen, die schon vor der Krise jeden Euro zweimal umdrehen mussten, trifft diese Krise mit voller Härte. Alle, die zuvor schon im Niedriglohnssektor beschäftigt waren, kommen mit dem mickrigen Kurzarbeitergeld nicht aus. Kleinst- und Soloselbstständige werden abgespeist, während Konzerne mit Milliardensummen überschüttet werden.

Bedingt durch die Agenda 2010 müssen Millionen Menschen tiefe Einschnitte hinnehmen. Die verabschiedeten Hartz-IV-Gesetze haben den Niedriglohnssektor und damit auch Leiharbeit befördert, Menschen aus ihrem Wohnraum verdrängt und für Armutsbioografien und mehr Vereinsamung gesorgt.

Wir unterstützen die Forderungen der Gewerkschaften und Sozialverbände. Durch die Urteile des Bundesverfassungsgericht zu Hartz 4 fühlen wir uns bestärkt und setzen dieses Thema auch immer wieder auf die Tagesordnung auf kommunaler Ebene, um weiter Druck zu machen.

Wir fordern darüber hinaus:

- Hartz IV abschaffen und durch eine Mindestsicherung von 1.200 Euro netto ersetzen. Der Bezug von Arbeitslosengeld 1 ein muss verlängert werden. Die Abschaffung aller Sanktionen.
- Anpassung der Mietobergrenzen für die Kosten der Unterkunft und keine Zwangsabsenkung der Mieten, solange das Jobcenter den Betroffenen nicht adäquaten, preiswerteren Wohnraum zur Verfügung stellen kann.
- Die Erhöhung des Mindestlohns auf 13 Euro, damit Menschen von ihrer Arbeit leben können.
- Kindergrundsicherung von 564 Euro einführen.
- Einen Sozial-Pass (ähnlich dem Gießen-Pass) für Stadt und Kreis.

- Die Erweiterung des Angebots des Gießen-Passes auch in Kultur- und Bildungseinrichtungen und seine Einführung im Landkreis!
- Sozialtarife für Fahr-, Strom-, Gas- und Wasserpreise von öffentlichen Anbietern.
- Bezahlung nach Tarif zur Pflicht bei der Vergabe öffentlicher Aufträge machen und das Verbot der Vergabe an Subunternehmen.
- Den Abbau prekärer Beschäftigungsverhältnisse und sozialgerechte Arbeit für alle.
- Durchsetzung und Kontrolle von Mindest- bzw. Tariflöhnen durch die zuständigen Behörden in besonders betroffenen Berufsgruppen.
- Vermehrte Stadtteilarbeit mit Hilfe von öffentlichen Einrichtungen und Fördergeldern.

| 2. Finanzen der Stadt Gießen

Durch die Finanzpolitik von Bund und Land sind Kommunen nahezu handlungsunfähig. Die Schlüsselzuweisungen an die Kommunen reichen gerade so, um die den Kommunen – auch im Rahmen der Schuldenbremse – übertragenen Finanzaufgaben zu bewältigen (zum Beispiel Zahlungen für Transferleistungsberechtigte). Für Investitionen in die Zukunft, aber auch soziale freiwillige Leistungen, bleibt kaum eigenes Geld. Hierfür sind die Kommune immer wesentlicher auf Fördermittel aus Bund und Land angewiesen. Land und Bund bestimmen damit die Investitionsvorhaben der Kommunen. Denn wo kein Fördertopf existiert, ist auch nahezu keine eigenständige Investition der Kommune mehr möglich. So wird das Selbstbestimmungsrecht der Kommunen immer weiter ausgehöhlt. Damit muss Schluss sein.

Aber es gibt auch hausgemachte Probleme. Auch in dieser Amtszeit hat sich die Stadt oft verrechnet. Mahnungen, dass Kostenkalkulationen zu eng gegriffen waren, wurden ignoriert. Bei vielen Bauprojekten (zum Beispiel Gefahrenabwehrzentrum; Bahndammdurchstich) explodierten die Kosten. Leider auch durch grobe Fehler, wie dem Verwechseln von Brutto und Nettobeträgen in der

Kostenaufstellung. So kann und darf eine Stadtregierung nicht die Steuergelder ihrer Bürger:innen verwalten.

Bei der Ansiedlung von Unternehmen hat die Stadt leider die Fehler der Vergangenheit wiederholt. Man setzt auf Großunternehmen und internationale Großkonzerne (wie zum Beispiel der OTTO Tochter Hermes), die Gewerbegebiete komplett übernehmen. Eine Ansiedlung und ein Halten von Klein- und Mittelständischen Unternehmen wurde vernachlässigt. Aber es sind gerade diese Unternehmen, die viel häufiger ordentliche Arbeitsverträge, statt Minijobs, Befristung und Leiharbeit, bieten und die ihre Steuern auch vor Ort zahlen.

Deshalb fordern wir:

- Auskömmliche Finanzierung der Kommunen durch das Land, wie in Art. 137 des hessischen Verfassung vorgeschrieben.
- Schluss mit der kommunalen Schuldenbremse und damit Schluss mit der Investitionsbremse für die Zukunft!
- Schluss mit der Hessenkasse und damit Schluss mit der Notwendigkeit sich auf eigene kommunale Gelder beim Land bewerben zu müssen!
- Aufwertung der Aufenthaltsqualität in Innenstadt durch Verkehrsreduzierung und Begrünung.
- Chancen für Kleinunternehmen und inhabergeführte Geschäfte im Innenstadtbereich erhalten und neue schaffen.
- Kleinteilige Vergabe von Bauflächen in Gewerbegebieten an Klein- und Mittelständische Unternehmen, anstatt an Großkonzerne. Förderung von Unternehmensausgründungen von den Hochschulen, insbesondere zukunftsorientierter Hochtechniken.
- Förderungen von Unternehmen und Initiativgründen im Bereich Kunst und Kultur, um den Standort Gießen durch ein reichhaltiges und modernes Kulturangebot zu fördern.
- Förderung und Unterstützung von Unternehmensgründungen (Start-Ups) in Stadt und Kreis.
- Förderung von Unternehmen die auf regionale Stoffkreisläufe setzen.

- Förderung von ökologischen und tierwohlorientierten Landwirtschaften im Landkreis.
- Direktvermarktung von regionalen Lebensmitteln in örtlichen Lebensmittelläden unterstützen.
- Reduzierung des Dispositionskredits bei der Sparkasse auf 5%.
- Verzicht auf Kontoführungs- und Überweisungsgebühren bei der Sparkasse für transferleistungsberechtigte Kontobesitzende.
- Ausschüttung des Gewinns der Sparkasse an Kreis- und Stadtkasse, statt weiterer Ausbau der Finanzrücklagen bei der Sparkasse.
- Aufbau eines öffentlich verwalteten Maschinenparks, zum Verleih landwirtschaftlicher Großgeräte an bäuerliche Klein- und Familienbetriebe, mit dem Ziel diese in ihrer Konkurrenzfähigkeit gegenüber industriell betriebenen Großlandwirtschaften zu stärken.

| 3. Sozialer Wohnungsbau

In der Stadt und im Landkreis Gießen gibt es seit Jahren zu wenig bezahlbaren Wohnraum. Die Mieten sind in den letzten Jahren regelrecht explodiert.

Nur die Hälfte der Bedarfsgemeinschaften in Gießen lebt in Wohnungen, deren Kosten sie erstattet bekommen. Alle anderen haben Wohnungen, die nach den »Angemessenheitsgrenzen« des Landkreises zu teuer sind. Die Differenz müssen die Betroffenen dann von der ohnehin zu niedrigen Grundsicherung selbst bezahlen.

Der Verkauf von städtischen Grundstücken zum Wohnungsbau soll zukünftig die Ausnahme sein. In der Regel sollen städtische Grundstücke nach dem Erbbaurecht vergeben werden. Das heißt konkret, dass die Stadt Eigentümerin des Grundstückes bleibt und dieses den Wohnungsbauern auf Zeit »überlässt«. Das ermöglicht den Bauherren günstigeres und nachhaltigeres Bauen. Die Stadt hat so auch in Zukunft Einfluss auf diese Gebiete und kann entscheiden,

wie sich die Stadt entwickeln soll. Darüber hinaus muss Baugenossenschaften und Baugemeinschaften mehr Raum gegeben werden.

Neue Baugebiete sowie der Lückenschluss in vorhandenen sind nur noch für mehrgeschossigen Wohnungsbau zu genehmigen.

Wir fordern darüber hinaus:

- Schaffung weiterer Sozialwohnungen, deren Mieten auch für Geringverdienende, Rentner:innen, Hartz IV-Bezieher:innen und Studierende bezahlbar sind.
- Ermittlung neuer Mietobergrenzen für die Kosten der Unterkunft (KdU), die dem tatsächlichen Bedarf entsprechen.
- Mietsteigerungen beenden und einen Mietendeckel für Gießen einführen.
- Erforderliche energetische Sanierung dürfen bei der Berechnung der Kosten der Unterkunft keine Berücksichtigung finden.
- Beteiligung aller Kommunen am Zweckverband des Landkreises »Sozialer Wohnungsbau«.
- Jährlich 300 neue Sozialwohnungen in der Stadt Gießen und im Landkreis.
- Übernahme nicht genutzter Gebäude durch Stadt und Landkreis mit dem Ziel der Nutzung als Sozialwohnungen.
- Qualifizierter Mietspiegel für die Stadt und Kreis Gießen sowie ein Leerstandsregister.
- Durchsetzung einer Sozialquote von 30 % beim Wohnungsbau privater Investoren.
- Mietpreisbremse für Gießen.
- Drauf drängen, dass der Arbeitskreis »Soziales Wohnen« mindestens einmal jährlich tagt.

- Umsetzung der der Handlungsempfehlungen des Wohnraumversorgungskonzepts der Stadt Gießen und des Landkreises.
- Bei der Stadtplanung- bzw. entwicklung sollte wieder das Primat der Kommunalpolitik gelten – nicht die Bestimmungsmacht der Investoren.
- Bei der Stadtentwicklung sollten die Bürger:innen besser beteiligt werden, ihre Wünsche und Bedürfnisse einbezogen werden.

4. Klima, Energie und Verkehr sozial gerecht

Klima

Die Klimakrise ist das Produkt fortdauernder Ausbeutung von Mensch und Natur durch das kapitalistische System. Die Folgen haben uns längst erreicht und werden in den nächsten Jahren immer mehr spürbar sein.

Gießen hat sich vorgenommen bis zum Jahr 2035 klimaneutral zu sein. Wir unterstützen dieses Ziel. Allerdings bedeutet dies, dass sofort mit allen notwendigen und umfangreichen Umstrukturierungen in der Energieversorgung, der Mobilität und in der Stadtentwicklung begonnen werden muss. Dies erfordert umfassende Investitionen.

Der Prozess hin zur klimaneutralen Stadt darf jedoch nicht auf dem Rücken von finanziell benachteiligten Menschen ausgetragen werden. Preissteigerungen, sei es bei Mieten, dem öffentlichen Nahverkehr oder Strom und Wasser, lehnen wir für diese Einkommensgruppen/Menschen ab. Denn das Klima wird vor allem von Reichen und Wohlhabenden strapaziert: große, mehrere Wohnungen, mehrere SUVs, große Parkflächen, versiegelte Flächen.

Die Schaffung von mehr Grünflächen, das Anlegen von Blüh- und Insektenwiesen und der Ausbau des Baumbestandes im Stadtgebiet müssen umgesetzt

werden. Begrünte Dächer und Solaranlagen müssen weiter gefördert und ausgebaut werden.

Wir fordern darüber hinaus:

- Die Überprüfung aller Gebäude im direkten oder indirekten Eigentum der Stadt mit der Möglichkeit einer Geschossaufstockung, um die Neuversiegelung von Grünflächen einzudämmen.
- Genehmigungen für neue Einfamilienhäuser im Stadtbereich sollen nicht mehr erteilt werden.
- Stark sanierungsbedürftige Einfamilienhäuser und Stadtvillen sollen durch Mehrfamilien- oder Mehrgenerationenhäuser ersetzt werden.
- Bereits versiegelte Flächen, wie zum Beispiel Großraumparkplätze, sollen perspektivisch für den Wohnungsbau herangezogen werden.
- Keine weiteren Logistikcenter!
- Regionale Stoffkreisläufe mit kürzeren Transportwegen.
- Im Stadtgebiet muss die Vermeidung von Einmal- und Wegwerfprodukten reguliert werden. Vereine und Geschäfte, die auf Mehrfachnutzung von Gebrauchsgütern setzen, müssen gezielt, zum Beispiel durch reduzierte Mieten, gefördert werden.
- Die Verwendung von glyphosathaltigen Totalherbiziden und anderen umweltschädlichen »Pflanzenschutzmitteln« ist auch im privaten Nutzungsbereich zu untersagen.

Energie und Abfallwirtschaft

Die Stadtwerke Gießen AG (SWG) gehört zu 100 % der Kommune und damit der Bevölkerung. Deshalb kann es nicht sein, dass, wie bei privaten Stromkonzernen, die Gewinnmaximierung im Vordergrund steht. Einerseits bekommen gewerbliche Kunden Vergünstigungen. Andererseits werden Menschen mit geringem Einkommen, die ihre Strom- und Wasserrechnung nicht bezahlen, gesperrt. Das ist für uns nicht hinnehmbar. Viele Menschen mussten in den ver-

gangenen Monaten eine erhebliche Kürzung ihrer finanziellen Mittel verkraften. Das sollten die Stadt und der Kreis Gießen als Anstoß nehmen, die Strom- und Wasserversorgung endlich sozial zu gestalten. Denn auch in der Förderung von ökologischer Energiegewinnung hat die SWG noch viel aufzuholen.

Von dieser gewinnorientierten Wirtschaftsweise sind aber nicht nur Verbraucher:innen betroffen. Anstatt die Busfahrer:innen in Gießen nach dem Tarif für den öffentlichen Dienst zu bezahlen, werden sie mit Billiglöhnen abgespeist. Das ist in einem öffentlichen Versorgungsbetrieb nicht akzeptabel. Wir brauchen endlich eine soziale und ökologische Ausrichtung der SWG!

Wir möchten bei der SWG den Charakter eines kommunalen Betriebs in den Vordergrund stellen. Ein solcher muss den Menschen dienen und ihre Versorgung sicherstellen. Dies ist nur durch neue Eigentumsverhältnisse in kommunalen Unternehmen möglich. Denkbar wären Bürgergesellschaften, die Genossenschaften ähnlich sind und allen Bürger:innen Eigentumsanteile übertragen. Diese sollen weder handelbar sein noch an andere Personen übertragen werden können.

Wir fordern darüber hinaus:

- Sozialtarife für Strom und Gas für Geringverdienende.
- Verzicht auf Sperrungen bei der Versorgung mit Strom, Wasser und Gas.
- Eingliederung in das Tarifsysteem des öffentlichen Dienstes von Busfahrer:innen der »Mit Bus GmbH« sowie in weiteren Tochtergesellschaften kommunaler Betriebe Beschäftigter.
- Keine Vergünstigungen von Strom, Gas oder Wasser für Großverbraucher:innen und Gewerbe.
- Förderung von Energiesparsystemen und -technologien.
- Förderung privater Solar- und Photovoltaikanlagen durch einen Zuschuss der Stadtwerke.
- Installation von PV-Anlagen für alle Neubauten in Bebauungsplänen.
- Bestückung öffentlicher Gebäude mit Solarpanels zur Gewinnung von regionalem und ökologischem Strom.

- Vermeidung der Leerkosten beim Wasser und Senkung der Wassergebühren.
- Rekommunalisierung der Stadtwerke AG und weiteren öffentlichen Versorgungsbetrieben.
- Direkten Einfluss kommunaler Parlamente auf die Entscheidungen der öffentlichen Unternehmen.
- Belegschaft muss in den Aufsichtsräten der Unternehmen gleichberechtigt vertreten sein und die Bürger:innen sollten in Form von Beiräten mitbestimmen können.
- Mehr Rechte für die Aufsichtsratsmitglieder kommunaler Betriebe.
- Ressourcenschonende und ökologisch effiziente Abfallentsorgung.
- Eine konsequente Müllvermeidung, Minimierung der Abfallverbrennung und Unterbindung von »Mülltourismus« aus anderen Gemeinden.
- Ein öffentliches Entsorgungsunternehmen auch im Landkreis, Beendigung der Privatvergabe.
- Eine zuverlässige Müllentsorgung zu bezahlbaren Gebühren.
- Mehr Aufklärung über Müllentsorgung und die Vermeidung von Müll in Schulen.

Verkehr

Die Auseinandersetzungen um die A49 haben gezeigt, dass es unterschiedliche Interessen bezüglich des Verkehrs in der Bevölkerung gibt. Dabei schließen sich eine höhere Mobilität auf dem Land und Umweltschutz nicht aus. Wir brauchen einen Ausbau von Schienenstrecken und Zugverbindungen in ländlichen Regionen, statt den Neubau von Straßen und Autobahnen. Der öffentliche Nahverkehr muss für die gesamte Bevölkerung zugänglich und am besten zum Nulltarif angeboten werden.

Die Gießener LINKE kämpft für eine lebenswerte Stadt für alle Menschen. Eine Reduktion des Autoverkehrs, vor allem in der Innenstadt, ist für uns ein wichtiges Element auf dem Weg hin zur klimagerechten Stadt. Gießen hat heute noch ein Busliniensystem, welches lange nur halbherzig erweitert wurde. Es ist auf

etwa 75.000 Einwohnende ausgerichtet, obwohl mittlerweile fast 90.000 Menschen in der Stadt leben. Der ÖPNV muss daher dringend den neuen Gegebenheiten angepasst werden. Die Parkfläche in der Innenstadt ist schrittweise zu reduzieren. Pendler:innen müssen durch günstige, attraktive Angebote des ÖPNV für den Verzicht aufs Auto gewonnen werden.

Die Gießener LINKE kämpft für die RegioTram in Mittelhessen, die sich in öffentlicher Hand befinden soll. Dazu fordern wir die Landkreise Lahn-Dill, Gießen und Marburg-Biedenkopf auf, sich zusammenzuschließen und in einem ersten Schritt eine Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben. Mit dieser können Fördergelder für den Bau bei Bund und Land beantragt werden. Das Ziel soll nicht nur das Zusammenbringen der drei Städte Wetzlar, Marburg und Gießen sein. Es sollen ebenfalls die Unterzentren und Landkreise besser an die Städte angebunden werden. Denn vor allem dort fehlt vielen Menschen die Alternative eines attraktiven ÖPNV zum teuren privaten Fahrzeug.

Nicht zuletzt kann der Bau einer RegioTram in Mittelhessen eines der Schlüsselemente werden, um den CO₂-Ausstoß durch den motorisierten Individualverkehr stark zu reduzieren. Somit ist dieses Projekt ein aktiver kommunaler Klimaschutz.

Wir fordern darüber hinaus:

- Kürzere Taktzeiten der Busse und Bahnen und längeres Bedienen der Linien in den Nachtstunden.
- Flächendeckende Ausstattung der Haltestellen mit Überdachungen, Sitzgelegenheiten und Schaffung von Barrierefreiheit.
- Den Ausbau des Leihrad- und Carsharing-Angebotes als Bestandteil des ÖPNV.
- Für den überregionalen Bahnverkehr müssen der sog. »Hessentakt« schleunigst eingeführt und Buslinien zu den Bahnhaltepunkten vor Ort auf ab- und anführende Züge abgestimmt werden, um lange Wartezeiten beim Umstieg zu vermeiden.
- Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) muss die Bedürfnisse älterer Menschen stärker berücksichtigen, zum Beispiel durch spezielle Haltepunkte, Fahrzeiten und Vergünstigungen bei Fahrtarifen.

- Die Reduktion und auch Sperrung des belastenden und gefährlichen LKW-Durchgangsverkehrs in Dörfern und Gemeinden. Gerade für Langstreckentransporte ist die Verlagerung von der Straße auf die Schienen eine gute Möglichkeit, um die Belastung von Mensch und Umwelt zu verringern.
- Eine autofreie Innenstadt (Anlieger frei). Dadurch wird die Aufenthaltsqualität gesteigert.
- Ausbau des ÖPNV im Landkreis mit dem Ziel eines mindestens stündlichen Taktsystems, das alle Kommunen und Ortsteile von morgens 5 Uhr bis abends 23 Uhr erreicht und Einführung von OnDemand-Verkehren (Bahnhöfe, Krankenhäuser usw.).
- Park-and-Ride Parkplätze am Stadtrand (zum Beispiel bei den Hessenhallen).
- Fahrradstraßen in Gießen, die ein durchgängiges Queren der Stadt sowohl in Nord/Süd, als auch in Ost/West Achse ermöglichen.
- Reduzierung der Fahrspuren bei allen Ausfallstraßen
- Innenstadtring auf eine Doppelspur begrenzen. Freiwerdende Spur begrünen und für Fahrradfahrende und zu Fußgehende nutzen – Umverteilung der vorhandenen Verkehrsfläche.
- Keine Tiefgarage am Brandplatz – Weitestgehende Entsiegelung des Brandplatzes, die den Wochenmarkt noch zulässt.
- Geschützte Fahrradstreifen an den Hauptverkehrsstraßen, um Fahrradfahren in der Stadt sicherer zu gestalten.
- Radwege sind grundsätzlich nach den Vorschriften der StVO mit einer Mindestbreite von 1,5 m einzurichten.
- Kostenlose Busse an Samstagen / Einstieg in den kostenfreien Nahverkehr.

5. Bildung ist ein Menschenrecht

Die jahrelange Vernachlässigung des Bildungssystems wird durch die Pandemielage besonders deutlich. Die Gießener LINKE kritisierte schon vor der Corona-Krise die Bildungspolitik des Landes Hessen. Auch hier gibt es ein Investitionsstau von mehreren Milliarden Euro. Marode Schulen, meist ohne digitalen Ausbau (kein schnelles WLAN und geringe/ keine Verfügbarkeit von Laptops und Tablets), zu große Klassen und fehlende Lehrkräfte. Das alles lässt keinen Platz für die freie Entwicklung und Entfaltung der Schüler:innen.

Darüber hinaus sind Kinder aus armen Familien oftmals besonders benachteiligt und können die Bildungsangebote nicht angemessen wahrnehmen. Der Schulausfall in der Pandemie wird diesen Unterschied über die nächsten Jahre noch verstärken. Hier müssen Angebote geschaffen werden, um betroffene Schüler:innen aufzufangen und zu unterstützen. Darüber hinaus fehlen ausgebildete Lehrer:innen, die das Fach «Deutsch als Zweitsprache» unterrichten und das, obwohl wir seit vielen Jahren ein Einwanderungsland sind.

Hochschulen sehen sich zunehmend dem Druck ausgesetzt, wie ein Unternehmen zu agieren. Denn auch hier wird an allen Enden gespart, wodurch zunehmend eine Abhängigkeit von Drittmitteln entsteht. Einkommen der Eltern, Hautfarbe und Geschlecht sind leider nach wie vor relevant, wenn es um Ausbildungschancen junger Menschen geht.

Studierende, die Arbeiter:inneneltern haben, sind nach wie vor an den Universitäten unterrepräsentiert, obwohl sie die gesellschaftliche Mehrheit darstellen.

Die angemessene Betreuung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen ist eine solidarische Pflicht. Jugendsozialarbeit muss deshalb in Schulen und den entsprechenden Einrichtungen einen höheren Stellenwert erlangen. Bildung ist Grundvoraussetzung dafür, dass sich Menschen selbstbestimmt sowie solidarisch entwickeln können und sie alle Formen von Ausbeutung und Unterdrückung überwinden können. Bildung gehört in die öffentliche Hand und muss

demokratisch gestaltet werden. Privatisierungstendenzen im Bildungsbereich sind entschieden entgegen zu wirken. Bildung darf keine Ware sein!

Wir fordern darüber hinaus:

- Ein kostenloses und einheitliches Betreuungs- und Schulsystem von der Krippe bis zur Hochschule für alle Kinder und Jugendliche.
- Die Erweiterung und Unterstützung der Nachmittagsbetreuung an den Schulen.
- Ein kostenloses und gesundes Mittagessen für alle Schüler:innen.
- Eine zukunftsfähigere Lehre in den Thematiken Umwelt, Klima, Ernährung und Digitalisierung.
- Den Ausbau der Inklusion: Eine inklusive Schule ist eine Schule für alle. Hier lernen Kinder mit und ohne Behinderungen (das wäre Integration und nicht Inklusion) gemeinsam und können ihre individuellen Fähigkeiten gemeinsam entfalten.
- Eine Verbesserung der Ausstattung der Schulen für die Förderung von Kindern mit ihren jeweiligen Bedürfnissen.
- Mehr Gelder für Schulgebäude, für ein besseres Lernumfeld und für die Umsetzung neuer pädagogischer Konzepte.
- Den Ausbau von Leihsystemen innerhalb der Schulen für Lernmaterialien und Instrumente.
- Mehr Verfügbarkeit von digitalen Medien an Schulen sowie eine verpflichtende, umfassende Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte zum richtigen Umgang der digitalen Möglichkeiten.
- Funktionierende Regelungen für den Unterricht in der Pandemie (bspw. hybride Unterrichtskonzepte). Die Forderungen der Gewerkschaften sollten schnellstmöglich umgesetzt werden.
- Die Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund und mehr individuelle Unterstützungsangebote, damit die Integration in das Schulsystem gewährleistet ist.

- Einen Ausbau der beruflichen Bildung.
- Das Recht auf Ausbildungsvergütung in betrieblicher und staatlicher Ausbildung (zum Beispiel in der Ausbildung der Erzieher:innen).
- Die unbefristete Übernahme aller Auszubildenden in der Kommunalverwaltung und den kommunalen Betrieben entsprechend ihrer Ausbildung in Vollzeit.
- Die Ausfinanzierung des Bildungssektors, auch bei den Hochschulen, wie der JLU.
- Ein elternunabhängiges BAföG für Studierende sowie ein Solidarsemester aufgrund der Pandemie.
- Die Anerkennung von akademischen Graden auch für Ausländer:innen, die nicht deutscher Abstammung sind.
- Kritische Wissenschaft, statt Kommerz und Wettbewerb in Bildungsinstitutionen.

6. Kinder, Kita und Familie

Jedes vierte Kind in Gießen wächst in Armut auf, da ihre Familien arm sind. Sie wohnen oft im beengten Wohnraum, können sich viele Freizeitangebote oder Vereinsmitgliedschaften nicht leisten und sind strukturell im Nachteil. Umso wichtiger ist es, dass gleiche Bildungschancen für alle gewährleistet werden. Das beginnt nicht erst in der Schule, sondern bereits in der Kita. Um auf kommunalpolitischer Ebene Kinderarmut zu bekämpfen, ist es wichtig, dass die Kitas aufgewertet werden.

In diesen ersten Lebensjahren machen die Kinder enorme Entwicklungsschritte und es werden die ersten Weichen für das weitere Leben geschaffen. Darum ist es extrem wichtig, dass das Personal sowie die Kitas besser ausgestattet werden. Wir wollen, dass sich Familien in Gießen wohlfühlen.

Darüber hinaus fordern wir:

- Genügend Kita-Plätze und eine bedarfsgerechte Tagesbetreuung.
- Mehr Spielplätze.

- Kostenfreie Freizeitangebote.
- Eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung der Kitas.
- Vereinsleben stärken – Strukturen ausbauen
- Die Vereine in Gießen sind in ihrer Vielfalt für die Lebensqualität unserer Stadt von enormer Bedeutung. Meist ehrenamtlich übernehmen Bürger:innen Verantwortung für unser Stadtleben. Ein funktionierendes Vereinswesen stärkt das Zusammenleben der in Gießen lebenden unterschiedlichen Kulturen. Darüber hinaus finden auch Menschen mit geringem Einkommen gesellschaftlichen Anschluss. Somit leisten sie eine Integrationsleistung, von der alle profitieren.
- Wir fordern für das Vereinsleben in Gießen: Kostenlose Benutzung städtischer Räumlichkeiten. Keine kommunalen Gebühren bei Veranstaltungen der Vereine.

7. Kunst, Kultur, Sport und Jugend

Gießen ist das mittelhessische Zentrum sportlicher sowie kultureller Begegnungen. Diese Form unserer kulturellen Vielfalt sehen wir aufgrund der aktuellen Pandemie in Gefahr. Wir treten dafür ein, dass die bisherigen Förderungen bleiben und krisensicher ausgebaut werden. Alle öffentlichen Bibliotheken, Museen, Bildungseinrichtungen der bildenden Künste, Musikschulen, Kulturinitiativen, Theater und Filminitiativen sind in Stadt und Kreis zu erhalten und zu stärken. Dieses Angebot ist nicht nur für die Menschen existenziell, sondern auch unverzichtbar für eine lebendige Demokratie. Leider können viele Menschen nicht an diesen kulturellen Angeboten teilnehmen. Dieser Ausschluss betrifft nicht nur Erwachsene, sondern auch Kinder und Jugendliche. Sie können aufgrund von Armut nicht an den Angeboten teilnehmen und kommen daher nicht in den Genuss dessen, was die Kultureinrichtungen und das Vereinsleben von Gießen zu bieten haben. Umso wichtiger ist es daher, dass Jugendzentren erhalten und ausgebaut werden und alle Menschen an den kulturellen Ange-

boten der Stadt teilnehmen können. Die Teilnahme darf nicht vom Geldbeutel abhängen.

Wir fordern für die Kultur:

- Erhaltung des Gießener Stadttheaters als Dreispartentheater.
- Ausbau der Kooperationsverträge des Theaters mit Schulen, Vereinen und Gruppen zur Förderung der kulturellen Integration und Verständigung.
- Über den Erhalt der städtischen Jugendzentren zusätzlich den Ausbau des Angebots.
- Keine Zusammenlegung der Stadt- und Kreis-Volkshochschulen. Die Programme müssen ausgebaut und verbessert werden.
- Schaffung freier Räume zur kreativen Entfaltung von Street-Artists.
- Wir unterstützen die Umgestaltung der Alten Feuerwache Steinstraße in einen Kulturgewerbehof.

Wir fordern für den Sport:

- Die bisherige Sportförderung der Stadt Gießen soll weiter ausgebaut werden. Amateursport und insbesondere der Jugend- und Kinderbereich sind zu fördern.
- Alle kommunalen Sportstätten im Kreis und in der Stadt sind den Vereinen kostenlos zur Verfügung zu stellen, das betrifft auch Umkleide- und Duscmöglichkeiten.
- Der Ausbau und Erhalt von Sportstätten und des Breitensportes ist weiter zu vervollständigen und zu verdichten. Dies kann in enger Zusammenarbeit mit den beiden Gießenern Hochschulen und ihren sportorientierten Fachbereichen organisiert werden.

- Die vom Stadtparlament eingesetzte Sportkommission tagt zukünftig öffentlich. Die Einladungen und Protokolle sind öffentlich zugänglich zu machen.
- Wir schlagen vor, dass sich alle Sportvereine regelmäßig mit den politisch Verantwortlichen treffen. So können die Anliegen der Vereine direkt besprochen werden.
- Ein Sportstättenentwicklungsplan ist notwendig.
- Im Bereich der Stadt Gießen sind weitere Kunstrasenplätze zu bauen und zwar in der Weststadt und in der Ringallee.
- Sportvereine mit hohem Migrationsanteil in der Jugendarbeit sind über die üblichen öffentlichen Förderungen hinaus finanziell und personell zu unterstützen.
- Die Gießener Linke lehnt finanzielle und strukturelle Unterstützung des Sports im Profi-Bereich ab.

| 8. Uniklinik in Bürgerhand

Vor 15 Jahren verkaufte das Land Hessen das Uniklinikum Gießen-Marburg an die profitorientierte Rhön-Kliniken AG für einen Betrag von 110 Millionen Euro – nur einen Bruchteil des tatsächlichen Wertes. Diese wiederum hat die Uniklinik an die Asklepios Kliniken weiter verkauft.

Bundesweit gilt diese Privatisierung als abschreckendes Beispiel. Aber die hessische CDU und FDP, die den Deal damals ausgeheckt haben, reden immer noch von einer Erfolgsgeschichte. Sie sind ja auch nicht betroffen von den Folgen ihrer damaligen Entscheidung.

Das Personal, die Patienten:innen, Studierende, niedergelassene Ärzt:innen, Fachverbände wie die Deutsche Krankenhausgesellschaft und der Marburger Bund sind entsetzt über die Folgen der Privatisierung. Für das Personal wird die Arbeitspensum von Jahr zu Jahr höher, die Überlastungsanzeigen häufen sich und die Löhne sind miserabel. All diese Missstände sind Folge der profit-

orientierten Krankenversorgung. Wer Gesundheit zur Ware verkommen lässt, nimmt das billigend in Kauf.

Darüber hinaus fordern wir:

- Den Rückkauf des Rhönklinikums durch das Land Hessen unter finanzieller Mitbeteiligung von Stadt und Landkreis Gießen.
- Das Uniklinikum Gießen-Marburg wieder in öffentliche Verantwortung zu überführen.
- Die Versorgung der Patienten durch zusätzliche Einstellung von Personal zu sichern und qualitativ zu verbessern.
- Die Lehraufgaben der Uniklinik und die Ausbildung des medizinischen Personals auf höchstem Niveau für die Zukunft zu sichern.
- Bessere Bezahlung für die Beschäftigten der Uniklinik.

9. Für ein Altern in Würde

Knapp 20 % der Rentner:innen sind in Deutschland von Armut gefährdet. Dabei ist der Unterschied bei der Höhe der Rente zwischen Männern und Frauen so groß wie nirgendwo sonst in Europa. Das ist für das reiche Deutschland ein Armutszeugnis. Wir fordern eine gleichgestellte Teilhabe für ältere Menschen. Selbst wenn traditionelle Geschlechterrollen heute weniger relevant sind, waren sie zu Zeiten der jetzigen Rentner:innen sehr präsent. So arbeiteten Frauen häufiger in Teilzeit- oder Minijobs, um sich um die Kinder kümmern zu können oder Angehörige zu pflegen. Dadurch sind sie überdurchschnittlich oft von Altersarmut betroffen, denn ihr Rentenanspruch ist deutlich niedriger. Schuld daran sind auch die vergangenen »Rentenreformen«. Sie senken das Rentenniveau weiter ab und treiben das Renteneintrittsalter in die Höhe. Wer früher in Rente geht, dem wird die Rente erneut gekürzt. Wir, die Gießener LINKE, setzen uns für eine gerechte Rente für alle ein. Niemand darf im Alter arm sein.

Aktuell führt der gesundheitliche Schutz leider zu einer Verstärkung der Isolation älterer Menschen. Einsamkeit ist eine Gefahr, die in der Politik noch zu wenig thematisiert wird. Unmittelbar geholfen werden kann durch soziale Pro-

gramme wie Nachbarschaftshilfen und eine Telefonbrücke. Die von vielen Vereinen, sozialen Organisationen, Kirchen und Ehrenamtlichen geleistete Arbeit in diesem Bereich ist durch den Kreis bzw. der Stadt Gießen besser zu koordinieren und zu unterstützen.

Wir fordern darüber hinaus:

- Altersarmut durch bessere Renten zu bekämpfen.
- Altersgerechte Arbeitsmodelle und Weiterbildungsmaßnahmen anzubieten.
- Den gezielten Ausbau von generationsübergreifenden Seniorenberatungsstellen und Begegnungsstätten.
- Förderung bestehender Nachbarschaftshilfen und sozialer Projekte.
- Die Verbesserung der Mobilität für die gleichgestellte Teilhabe im Alltag.
- Bezahlbare und altersgerechte Wohnungen und Wohnprojekte planerisch zu fördern und umzusetzen.

10. Menschen mit Behinderung

Eine fortschrittliche Behindertenpolitik soll sich an den Zielen Teilhabe, Selbstverwirklichung und Stärkung der Selbsthilfe orientieren. Der Selbstvertretungsanspruch der Betroffenen muss anerkannt und beachtet werden. Teilhabe ist nur durch den diskriminierungsfreien Zugang zu allen Strukturen, Informationen und öffentlichen Gütern möglich. Deshalb müssen institutionelle Barrieren abgebaut werden.

Die lokal angepasste Sozialpolitik muss sich nach dem tatsächlichen Bedarf ausrichten, eine Vernetzung staatlicher Förderung und ein weiterer struktureller Ausbau des persönlichen Budgets ist notwendig. Für Stadt und Landkreis Gießen muss gelten, dass die Teilhabe erst dann überhaupt möglich wird, wenn

über die Möglichkeiten der Teilhabe deutlich und offensiv informiert wird. In einer breiten Debatte mit den gesellschaftlichen Selbsthilfeorganisationen und Einrichtungen sollten Forderungen, Ziele und Umsetzungen vorbereitet werden. Unter anderem kann es um eine stärkere Einbeziehung der Betroffenen, um die Sozialverantwortung von Kommunen als Arbeitgeber und Auftraggeber, um kulturelle und soziale Einrichtungen und deren Barrierefreiheit gehen. Hier kann eine Behindertenbeauftragte eine wichtige Scharnierfunktion übernehmen und die Interessen der Menschen mit Behinderung stärker in den Fokus der Kommunalpolitik rücken.

11. Wohnungslose haben eine Würde

Tagesunterkünfte sind in Zeiten der Pandemie Mangelware. Es gibt keine großen Räumlichkeiten, in denen Wohnsitzlosenhilfe und Infektionsschutz zusammengebracht werden können. Dies ist gerade, aber nicht nur, während der kalten Jahreszeit ein Problem.

Die Tagesunterkünfte sind für viele Menschen ein wichtiger Anlaufpunkt, um das Überleben auf der Straße zu sichern. Sie gehören zu den wenigen Orten, wo sich Betroffene aufwärmen und duschen können. Für uns ist es wichtig, dass die Würde der Menschen bewahrt wird. Deswegen muss in diesem Bereich mehr passieren und Initiativen, wie bspw. die Oase, die Brücke oder »Zuhause« (ein Projekt der Gießener Diakonie) müssen bei ihrer wichtigen Arbeit unterstützt werden. Die Projekte müssen zudem ausgebaut werden. Dadurch können sich Betroffene wieder leichter in das gesellschaftliche Leben eingliedern. Der unfreiwillige und ständige Überlebenskampf auf der Straße entfällt.

Um eine gute Obdachlosenhilfe gewährleisten zu können, wird allerdings geschultes Personal gebraucht. Dieses Personal bzw. die aufsuchende Sozialarbeit wird auch bei der sogenannten »Trinkerszene« in Gießen benötigt. Sie ist eine der wenigen Möglichkeiten, die dafür sorgt, dass den Beteiligten der Szene, aber auch den Anwohner:innen geholfen wird. Nur so kann es langfristig zu Verbesserungen kommen. Die aufsuchende Sozialarbeit ist eine längerfristige, aber wirksame Maßnahme. Außerdem wird dadurch eines unserer zentralsten Anliegen untermauert: Wir brauchen dringend bezahlbaren Wohnraum, sowohl in der Stadt als auch im Landkreis Gießen! Wir, die Gießener LINKE, stehen

hinter den Forderungen auf Bundesebene Wohnen als Grundrecht anzusehen. Zudem muss Sozialarbeit angemessen entlohnt werden.

Wir fordern darüber hinaus:

- Die vermehrte Unterstützung von sozialen Projekten.
- Die Bereitstellung von mehr Geld für die aufsuchende Sozialarbeit.
- Mehr Tagesunterkünfte für Wohnungslose.
- Keine Verdrängung von Menschen aus dem öffentlichen Raum, sondern wirkliche Hilfen.
- Dass die Erlaubnis zur Einrichtung von Drogenkonsumräumen bei der zuständigen obersten Landesbehörde eingeholt und im Anschluss solche Räume eingerichtet und vom Land gefördert und unterstützt werden.

12. Demokratie und Datenschutz

Wir möchten die Gießener Bürger:innen einladen und sie ermutigen, damit sie sich mehr am politischen Geschehen zu beteiligen. Die Bürgerbeteiligungssatzung war ein Schritt in die richtige Richtung. Dazu hat die Stadt Gießen einen Evaluationsbericht in Auftrag gegeben. Dieser hat ergeben, dass die Bürgerbeteiligungssatzung ausbaufähig ist. Wir sehen kritisch, dass die Gießener:innen keine neue Möglichkeit haben, um wirklich Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen. Zudem werden sie oft in Unkenntnis über die Bürgerbeteiligungsverfahren gelassen. Hier muss eindeutig mehr getan werden. Es darf auch nicht sein, dass Ortsbeiräte übergangen oder erst nach einer Entscheidung angehört werden. Wir kämpfen zudem für die Einrichtung weiterer Ortsbeiräte, zum Beispiel für die West- und Nordstadt. Insbesondere bei Baumaß-

nahmen verlangen wir, dass den Gießener Bürger:innen mehr Gehör verschafft wird.

Nach wie vor ist die Funktion des Datenschutzbeauftragten der Stadt Gießen nur Teilaufgabe eines leitenden Mitarbeiters. Die Komplexität dieser Funktion und die tatsächliche Arbeitsmenge erfordern eine ganze Stelle, die sich nur diesem Thema widmet.

Der Datenschutz muss höhere Priorität erhalten. Dies kann vor allem mit dem Ausbau der öffentlichen Überwachung in Gießen, besonders im Bereich «Marktplatz» und dem Bahnhofsvorplatz, begründet werden.

Der Ausbau ist ein extreme Eingriffe in die Freizügigkeit und in die Persönlichkeitsrechte. Zwar vermittelt diese Überwachung ein Sicherheitsgefühl, jedoch verringert sie nicht das Begehen von Straftaten, sondern verlagert diese nur in nicht überwachte Bereiche. Die Notwendigkeit dieser Überwachung muss hinterfragt werden. Zudem muss mit weiteren solchen Projekten kritisch umgegangen werden.

Wir fordern darüber hinaus:

- Mehr Transparenz bei politischen Vorgängen. Auch den fraktionslosen Mitgliedern des Stadtparlaments sollen künftig die Protokolle von allen Kommissionen zur Verfügung stehen.
- Eine bessere Aufklärung der Bürger:innen über ihre Rechte.
- Klarere Handlungsanweisungen und Verbindlichkeiten für Politik und Verwaltung nach Bürger:innenversammlungen.
- Die Einführung von Entscheidungsrechten wie Bürgerentscheiden und Bürgerbegehren in der Bürgerbeteiligungssatzung.
- Die Öffnung von Stadt- und Kreisgremien für alle Bürger:innen.

13. Faschismus und Rassismus bekämpfen

Trotz den Lehren, die wir aus der Geschichte gezogen haben sollten, schlägt das Unkraut des Faschismus auch in unserer heutigen Gesellschaft noch Wurzeln. Auch in Hessen fordert der rechte Extremismus weiterhin Tote, wie den erschossenen Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke oder die Ermordeten des rassistisch motivierten Terroranschlags in Hanau im Februar 2020. Die vergangenen Jahre haben immer wieder gezeigt, dass rechte Gruppierungen versuchen, soziale Proteste für sich zu vereinnahmen. Sie nutzen die Ängste der Bevölkerung gezielt, um sie gegen Minderheiten auszuspielen. Auch im Kreistag und Stadtparlament sitzt mittlerweile eine offen rassistische Partei. Ängste und Unmut müssen ernst genommen werden, doch stellen wir uns als Gießener LINKE entschieden gegen ihre Instrumentalisierung, um faschistisches und rassistisches Gedankengut zu verbreiten. Gießen ist eine tolerante Stadt, in der Menschen aus allen Teilen der Welt zumeist friedlich zusammenleben. Migrant*innenverbände und Kulturvereine bringen sich im Stadtleben ein; Religionsgemeinschaften suchen den Dialog und zeigen, dass ein friedliches Miteinander nicht nur möglich, sondern gewinnbringend ist. Wir begrüßen und unterstützen Gewerkschaften, Bildungseinrichtungen, Bürgerinitiative und viele andere zivilgesellschaftliche Gruppierungen, die sich gegen rechte Hetze stark machen. Sie müssen in Zukunft weiter gestärkt werden.

Wir fordern darüber hinaus:

- Schluss mit Kriminalisierung, Überwachung und gesellschaftlicher Stigmatisierung von antifaschistischen Gruppen und Bildungsinitiativen.
- Umbenennung aller Straßen und Gebäude im Kreis, der Stadt, Schulen und Hochschulen, die Personen ehren, die faschistischen Parteien und Bewegungen nahestanden oder in diesen aktiv waren.
- Intensive Förderung von antifaschistischer Bildungsarbeit in Kreis und Stadt.
- Konsequente Aufklärung und Verfolgung von rassistischen und faschistischen Straftaten.

- Ausbau von unabhängigen Beschwerdestellen für öffentliche Institutionen im Kreis und schnelle Ahndung bei Regelverstößen.
- Beendigung der diskriminierenden Kontrollen von Menschengruppen.

14. Flucht und Migration

Sammelunterkünfte bieten oft keine geeigneten Lebens- und Lernräume. Das Leben auf engstem Raum mit kaum vorhandenen Rückzugsmöglichkeiten erschwert das Leben der Menschen enorm. Hinzu kommt, dass gerade in der Pandemie die Grundvoraussetzungen fehlen, um Kinder und Jugendlichen eine Teilhabe am Fernunterricht zu ermöglichen. In der Regel ist im Wohnbereich kein WLAN verfügbar. Auch Laptops oder Computer und Drucker sind selten vorhanden.

Es gibt keine verlässlichen Unterstützungsstrukturen. Ehrenamtliche Angebote, etwa zur Hausaufgabenhilfe, wurden stark eingeschränkt. Viele Eltern sind wegen fehlender Deutschkenntnisse überfordert und können ihren Kindern daher beim Lernen nicht helfen.

Auch unbegleitete Minderjährige und alleinstehende Volljährige in Jugendhilfeeinrichtungen bedürfen der Aufmerksamkeit. Ihnen ist im Rahmen der Pandemie ebenfalls die ehrenamtliche Unterstützung abhanden gekommen.

Die digitale Infrastruktur in den Unterkünften muss ausgebaut und geeignete Lernräume sowie multiprofessionelle Unterstützungsangebote zur Verbesserung der Bildungsteilhabe geschaffen werden.

Um geflüchteten Schülerinnen und Schülern den Anschluss im neuen Schuljahr zu ermöglichen, muss in den Sommerferien eine adäquate technische

Ausstattung zur Verfügung gestellt werden. Zudem müssen Vorkehrungen für einen eventuellen weiteren Lockdown getroffen werden.

Ebenso wichtig sind zusätzliche außerschulische Förder- und Lernangebote, die digital und analog den Übergang von Willkommens- und Vorbereitungsklassen in die Regelklassen erleichtern.

Wir fordern darüber hinaus:

- Möglichkeiten der Beschäftigung, um dem Lageralltag zu entfliehen.
- Sprachbarrieren rechtzeitig durch Schulung und Kurse zu begegnen.
- Unterstützung in der Bewältigung des Alltages mit gezielter Hilfe im Umgang mit Ämtern.
- Erweiterungen für Kitas und Schulen.

15. Feminismus und Geschlechtergerechtigkeit

Wenn wir die Verhältnisse aufheben wollen, in denen Menschen erniedrigt, geknechtet und verlassen werden, dann ist das auch ein Kampfaufruf gegen die patriarchalen Verhältnisse. Wir wollen die Machtgefälle aufheben, die hauptsächlich Männer in Führungspositionen bringen. Bereits seit über 150 Jahren kämpfen Frauen in Deutschland für Gleichberechtigung und Gleichstellung. Dabei konnte schon vieles erreicht werden. Trotzdem sind wir von einer Gleichbehandlung und Gleichstellung der Geschlechter entfernt und erleben immer wieder Rückschläge. Die Ungerechtigkeit zeigt sich nicht nur in finanzieller Form, sondern auch bei der körperlichen und sexuellen Selbstbestimmung. Die Gießener Frauenärztin Kristina Hänel klagt gegen den Abtreibungsparagraf 219a im Strafgesetzbuch. Ältere und jüngere Frauen stehen dabei Seite an Seite, um sich für die sexuelle Selbstbestimmung und für Gleichberechtigung einzusetzen. Paragraf 219a gehört abgeschafft! Wir sind entschlossen, diesen Kampf gemeinsam fortzuführen. Die Gießener LINKE steht hinter den Forderungen der Frauenbewegung und hinter allen Frauen, die für ihre Rechte und

Gleichstellung streiten! Wir wollen, dass neue Familienkonzepte in der Bürokratie und der Politik anerkannt werden. Wir wollen offensiv gegen sexualisierte Gewalt vorgehen. Häusliche Gewalt und die Gewalt an Frauen sind nach wie vor große Probleme. Die Anzeigebereitschaft bei Frauen wird immer größer, sodass Gewalt an Frauen sichtbarer wird. Die Dunkelziffer ist jedoch immer noch sehr hoch. Durch den Lockdown steigen zudem die Fälle von häuslicher Gewalt. Zwar wurden die finanziellen Mittel vom Bund und dem Land Hessen für Organisationen wie Hilfenummern und Frauenhäuser erhöht, aber damit ist es nicht getan.

Frauen brauchen ein Umfeld, um über ihre Betroffenheit, fernab von Schuldzuweisungen, reden zu können. Es ist wichtig, dass Täter:innen Verantwortung übernehmen. Programme in Schulen, die über sexualisierte Gewalt und Sexismen (also Ungleichbehandlung aufgrund der Geschlechtszugehörigkeit) aufklären, können hier präventiv wirken.

Wir unterstützen die Arbeit von dem autonomen Frauenhaus Gießen und Präventionsprogrammen wie von Wildwasser Gießen e.V. und von der Organisation Weisser Ring Gießen.

Wir fordern darüber hinaus:

- Die Stadt soll sich stärker dafür einsetzen, dass Gelder aus den Fördertöpfen auch durch Gießener Organisationen, wie das autonome Frauenhaus, abgerufen werden können.
- Eine Mindestquotierung von Frauen auf allen Ebenen der Verwaltung, Gremien und anderen kommunalen Einrichtungen.
- Ein vergünstigtes, kommunal finanziertes Minicar für Frauen in der Nacht.
- Mehr Benennungen von öffentlichen Plätzen und Straßen nach Frauen.

Gießener *LINKE*